

Medienmitteilung Schweizerischer Hebammenverband, 4. Dezember 2008

Jedes dritte Kind kommt im Operationssaal zur Welt - unnötige Kaiserschnitte gefährden Mutter und Kind

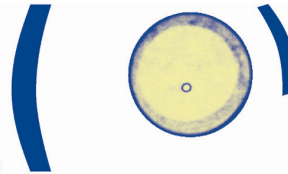
Der Schweizerische Hebammenverband präsentiert die neusten Zahlen zu Kaiserschnitten in der Schweiz und fordert Bund, Kantone und Krankenkassen zum Handeln auf

Die Kaiserschnitttrate ist 2007 erneut gestiegen, sie liegt aktuell bei 32.2 %. 1998 lag sie noch bei 22.7%, in anderen europäischen Ländern liegt sie teilweise bis zu 20 Prozentpunkten tiefer. Bei privat versicherten Frauen wird beinahe jedes 2. Kind im Operationssaal auf die Welt geholt, im Kanton Zug doppelt so viele wie im Kanton Jura. Dieser Anstieg und diese frappanten Unterschiede können nicht auf medizinische Ursachen zurückgeführt werden. Die Zahlen machen vielmehr deutlich, dass hier aus kurzfristigen betriebswirtschaftlichen und finanziellen Überlegungen die Gesundheit von Mutter und Kind aufs Spiel gesetzt wird. Der Hebammenverband präsentiert zusammen mit den neusten Zahlen auch die aktuellsten Forschungsergebnisse. Diese zeigen eindrücklich, dass Kaiserschnittgeburten für die Gesundheit von Mutter und Kind deutlich riskanter sind als vaginalgeburten. So kommen beispielsweise doppelt so viele Kaiserschnittkinder wie natürlich geborene Kinder auf die Kinderintensivstation. Bund, Kantone und Krankenkassen dürfen diese Situation nicht weiter akzeptieren. Der Schweizerische Hebammenverband fordert sie eindringlich zum Handeln auf

Leichtfertige Kaiserschnittempfehlungen gefährden Mutter und Kind

Der Anstieg der Kaiserschnitttrate kann nicht auf den Wunsch der Frau zurückgeführt werden, **nur gerade 2% der Frauen wünschen sich einen Kaiserschnitt**. Aber rund 60% der Frauen führen einen Kaiserschnitt aufgrund der Empfehlung des Arztes durch. Diese Empfehlung darf ein Arzt aber nur bei eindeutiger medizinischer Indikation abgeben, denn Kaiserschnittgeburten sind für die Gesundheit von Mutter und Kind viel riskanter als normale Geburten:

- **Doppelt so viele Kaiserschnittkinder kommen wegen Atemnotproblemen auf die Neugeborenen-Intensivabteilung** als Kinder nach vaginalen Geburten.
- Das **Immunsystem** der Kinder ist **längerfristig geschwächt**.
- **Doppelt so viele Mütter müssen rehospitalisiert werden** nach Kaiserschnitt im Vergleich zu den Müttern nach vaginalen Geburten.
- Mütter haben nach Kaiserschnitt **Schmerzen** bis zu sechs Monaten nach der Geburt, können ihr **Kind nicht hochheben und nur erswert stillen**.
- Und sie haben deutlich häufiger **schwerwiegende Komplikationen bei Folgeschwangerschaften**.



Dies sind nur einige der nachgewiesenen negativen Auswirkungen einer Kaiserschnitt-Operation, die selbstverständlich in Kauf genommen werden, wenn die medizinischen Umstände von Mutter oder Kind eine solche Operation erfordern. Sie sind aber eine unnötige Gefährdung von Menschen, wenn Kaiserschnitte leichtfertig empfohlen und durchgeführt werden.

Bund, Kantone und Krankenkassen sind gefordert

Der Anstieg auf einen Drittel aller Geburten sowie die sehr unterschiedlichen Zahlen im kantonalen und internationalen Vergleich machen rasch klar: Ein wesentlicher Anteil der Operationen wäre medizinisch nicht notwendig. **Hier werden Mutter und Kind gefährdet und das Gesundheitswesen verteuert auf Grund betriebswirtschaftlicher und finanzieller Überlegungen von einigen Spitälern und Ärzten.** Kaiserschnitte sind planbar, vergleichsweise kurz und garantieren damit eine Rendite. Das darf nicht sein. Bund, Kantone und Krankenkassen müssen endlich reagieren. Es braucht eine Kontrolle der Spitäler und Ärzte und eine Stärkung der Hebammen. Mehrere Studien zeigen, dass Geburten, die von Hebammen geleitet werden, deutlich weniger oft mit Kaiserschnitt enden bei gleicher oder besserer Gesundheit von Mutter und Kind. Hebammen unterstützen den natürlichen Geburtsverlauf und intervenieren nur, wenn es medizinisch notwendig ist. Die gesundheitspolitischen Akteure sind darum gefordert, die Hebammenarbeit in der Schweiz zu stärken. Auf politischer Ebene geht es insbesondere darum, die **Hebammen im Rahmen der KVG-Revisionen als zuständige Fachpersonen in der Geburtshilfe zu berücksichtigen. Die Krankenkassen sind besonders in Pflicht zu nehmen, weil die Zunahme an Kaiserschnittgeburten auch die Gesundheitskosten in die Höhe treibt. Die Krankenversicherungen müssen endlich die WZW-Kriterien in der Geburtshilfe umsetzen, bei Spitälern und Ärzten mit überdurchschnittlicher Kaiserschnitttrate intervenieren und in neuen Vertragsverhandlungen mit den Hebammen faire Arbeitsbedingungen aushandeln.**

Für Auskunft steht zur Verfügung:

Lucia Mikeler Knaack, Präsidentin Schweizerischer Hebammenverband: 079 322 57 29, l.mikeler@hebamme.ch